„Wir sind keine Lämmer“

Mitten im Gehaltspoker ein nächster Schock für Beamte: Politiker und Experten wollen ihr Pensionssystem abschaffen. Streiken sie dagegen?

Mit Adventfrieden hat man in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) derzeit noch nichts am Hut. Am Freitag nachmittag treffen sich die Vertreter „der Kollegenschaft“ wieder einmal im Finanzministerium – nicht zu einem gemütlichen Beisammensein, sondern zu Runde fünf im Kampf um mehr Geld. Am Tisch gegenüber: Finanzminister Rudolf Edlinger, Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer (beide SPÖ), Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer (ÖVP), Statistiker und Gehaltsexperten. Zu sagen haben sie sich viel, nur die richtigen Worte sind offenbar noch nicht gefallen. Denn die Fronten bei den Beamten-Gehaltsverhandlungen sind festgefahren wie seit langem nicht mehr.

„Noch Spielraum.“ Das jüngste Angebot der Regierung liegt bei 0,6 Prozent Erhöhung, mindestens aber 300 Schilling. Inakzeptabel, sagen die Gewerkschafter. Die Inflationsrate werde mit 1,2 Prozent prognostiziert, und das Wirtschaftswachstum sei in diesem Regierungsvorschlag noch gar nicht berücksichtigt. Faktum ist: Seit 1991 lag der Gehaltsabschluß dreimal unter der Inflationsrate, nämlich 1994, 1996 und 1997. Dieses „Nullohnrunden-Argument“ der Gewerkschaft ist es auch, das bei den Verhandlungen diesmal immer wieder gerne gebracht wird: Auf Kosten der Beamten sei das Budget schon oft genug saniert worden.

Nach einer unmittelbar bevorstehenden Einigung zwischen Beamten und Regierung klingt das alles derzeit nicht. Obwohl Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer entschlossen ist, das Kapitel Beamtengehälter am Freitag zu schließen. Aus seiner Umgebung hört man von „Spielraum, der nach oben noch vorhanden ist“. Allerdings nur, wenn sich auch die Gewerkschafter bewegen. Viel Spielraum kann es allerdings angesichts der jüngsten EU-Budgetrüge wohl nicht sein: Das gültige Gehaltsangebot der Regierung würde den Staatshaushalt mit 1,4 Milliarden Schilling belasten.

UNGEDULDIG. Der Kampf von Beamtengewerkschaftsboß Fritz Neugebauer um mehr Geld geht in Runde fünf. Er droht: „Arbeitsniederlegungen möglich.“

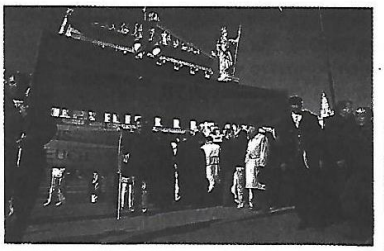
Das weiß auch GÖD-Vorsitzender Fritz Neugebauer. Und ist dabei, angesichts der schwierigen Lage Kanzler Klima und Vize Schüssel einzuschalten. Kanzlersprecher Josef Kalina bestätigt – winkt aber gleichzeitig ab: „Es wird wohl Termine geben. Aber eines ist klar: Verhandeln wird Klima mit den Beamten nicht. Das ist keine Chefsache.“

Gewerkschaftsdrohung. Vielleicht *noch* keine Chefsache. Denn der Beamtengewerkschaftsboß läßt im NEWS-Gespräch keine Zweifel daran, daß ein Beamtenstreik beim Scheitern der Gespräche in der Luft liegt: „Das Angebot der Regierung ist keines. Und jeder weiß, daß Demonstrationen, Protestkundgebungen und Arbeitsniederlegungen Register sind, die eine Gewerkschaft jederzeit ziehen kann. Das alles ist möglich.“ Drohen kann der mächtige Gewerkschafter seit den Personalvertretungswahlen noch besser. Seine Fraktion, die FCG, konnte die absolute Mehrheit ausbauen und erreichte 53,85 Prozent der Stimmen. Die Sozialdemokratischen Gewerkschafter (besonders erfreut über ihren ersten Platz in Schüssels Außenministerium) kamen auf 29,45 Prozent, die freiheitliche AUF landete – vor allem in der Exekutive geschwächt – bei 7,73 Prozent. Wahlberechtigt waren 261.418 Personen. Die von Neugebauer vielzitierte „Kollegenschaft“ eben.

Pensions-Attacke. Gestärkt durch die Wahlen, wird er sie gegen die nächsten „Anfeindungen“ seines Arbeitgebers schützen müssen. Denn selbst wenn die Gehaltsverhandlungen zufriedenstellend enden sollten, wartet schon die nächste Attacke auf die Beamten. Es geht den Politikern, vor allem denen der SPÖ, offensichtlich ums Eingemachte – um die Beamtenpensionen.

Zwar blieben von der Pensionsreform 1997 auch die Beamten nicht gänzlich unberührt, nun sieht das SP-Reformpapier jedoch langfristig die völlige „Angleichung der Pensionssysteme“ vor. Neugebauer kommt da das Grauen: „Damit wurde überfallsartig an die Öffentlichkeit getreten. Alles in einem Eintopf zusammenzuführen kann nicht das Ziel sein.“ Und weiter: „Die Beamten sind sicher keine Lämmer, die sich zur Schlachtbank führen lassen.“

Richard Holzer, Vorsitzender der SP-Fraktion in der Beamtengewerkschaft, kann mit dem Papier seiner Genossen ebenfalls nichts anfangen: „Ich sehe keine Notwendigkeit, Veränderungen einzuführen. Diesen Vorschlag hätte man sich sparen kön- ▶



PROTESTBEREIT. Scheitern die Verhandlungen, liegt ein Streik der Beamten in der Luft.

CHEFSACHE? Klima und Schüssel sollen Bewegung in noch starre Fronten bringen.

KNAPP BEI KASSE ist Staatssekretär Wolfgang Ruttenstorfer.

BEAMTENSCHRECK Marin: „Privilegien müssen fallen."

nen." Ums Sparen geht es tatsächlich, glaubt man den Experten. Denn genau deshalb, weil das Pensionssystem allmählich zu teuer wird, herrscht Handlungsbedarf bei den Beamtenpensionen. Pensionsexperte Bert Rürup: „Um nicht testen zu müssen, wo die Grenzen der Finanzierbarkeit des großzügigen und teuren Pensionssystems und damit die Belastbarkeit der Wirtschaft und Gesellschaft liegen, sollte man bis 2005 handeln."

Reform heißt Verschlechterung. Rürup tritt für die Erhöhung des tatsächlichen Pensionseintrittsalters um gut drei Jahre und für einen gleitenden Rückbau der Nettoersatzrate von derzeit 80 auf 70 Prozent ein. Dadurch, sagt er, könnten die Kosten stabil gehalten werden. Klar ist für den Pensionsexperten, daß es für Beamte künftig keine Pensionsprivilegien geben darf: „Diese Reform sollte auch für die Beamten gelten. Gibt es ein einheitliches Pensionssystem, auch das muß gesagt werden, bedeutet dies natürlich für die zukünftigen Staatsdiener eine Verschlechterung ihrer Altersversorgung: Es müssen gegebenenfalls höhere Beiträge gezahlt werden, es gibt einen langen Durchrechnungszeitraum und eine Höchstbezugsgrenze."

Auch Sozialforscher Bernd Marin, der eben ein Standardwerk über die Pensionsentwicklung verfaßt hat (Campus-Verlag), kritisiert die Sonderregelungen für Beamte: „Groschengleiche Beiträge können bei Beamten zu 50 Prozent höheren Pensionen führen als im ASVG." Sein Gegenrezept: Angleichung der Systeme, lange Übergangsfristen, aber dafür sofort damit beginnen. „Mit jedem Tag, den man versäumt, werden die Schmerzen größer", so Marin. Das Problem liegt auch in der Anzahl der Beamten selbst. „Wir haben in Österreich einfach zuviel davon."

CHRISTIAN NEUWIRTH ■